1985

11. März
Konstantin Tschernenko, Generalsekretär der Kommunistischen Partei und Vorsitzender des Obersten Sowjet, stirbt; gleichentags wird Michail Gorbatschow neuer Generalsekretär.

22. April
Der schwedische König Karl XVI. Gustav und seine Gattin Silvia treffen zu einem Staatsbesuch in der Schweiz ein.

25. April
Bei einem Treffen in Warschau haben die Staatschefs des Warschauer Paktes ihr Abkommen um 20 Jahre verlängert.

12. Juni
Spanien tritt der Europäischen Gemeinschaft bei.

24. Juni
In Italien tritt Francesco Cossiga die Nachfolge von Staatspräsident Sandro Pertini an, der altershalber zurückgetreten ist.

11. Juli
Der langjährige Aussenminister der Sowjetunion, Andrei Gromyko, wird zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt; neuer Aussenminister wird Edward Schewardnadse.

16. Juli
Der Schriftsteller Heinrich Böll stirbt.

19. September
Bei einem Erdbeben in Mexiko kommen 23 000 Menschen um; 35 Prozent aller Gebäude in Mexico City werden zerstört.

22. September
Die Schweizer Stimmbürger befürworten in einer Volksabstimmung den Herbstschulbeginn sowie ein neues Erb- und Eherecht.

7. Oktober
Das Kreuzfahrtschiff Achille Lauro wird von palästinensischen Terroristen entführt.

6. November
In Hannover unterzeichnen Minister aus 18 Ländern die Heureka-Charta für eine bessere europäische Zusammenarbeit in der Spitzentechnologie.

14. November
Bei einer Flutkatastrophe in Kolumbien kommen 25 000 Menschen um.

19. November
In Genf beginnt das Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow.

VU will Effizienz des Landtags stärken – Volksinitiative gestern angemeldet
Die Vaterländische Union hat gestern vormittag bei der Regierung eine Volksinitiative zur Erhöhung der Landtagsmandatszahl auf 21 Sitze angemeldet. Sie hat sich zu diesem Schritt entschlossen, nachdem die zwischenparteilichen Gespräche mit der FBP in dieser Frage zu keinem Ergebnis geführt haben. Die VU möchte mit einer massvollen Erhöhung der Mandatszahl die Effizienz des Landtages verbessern. Die Initiative setzt sich ebenfalls für eine Reduktion der Ersatzabgeordneten ein, möchte aber am heutigen Status der Ersatzabgeordneten festhalten . . .

Liechtensteiner Vaterland, 4. Dezember 1984

2612 Unterschriften für die FBP-Initiative
2612 Bürgerinnen und Bürger haben am vergangenen Wochenende die FBP-Initiative für eine Erhöhung der Mandatszahl und eine Lösung der Stellvertreterfrage im Landtag unterzeichnet . . .
Die FBP-Initiative verfolgt den Zweck, die Zahl der in den Landtag gewählten Abgeordneten von derzeit 15 auf 25 zu erhöhen. Von den 25 ordentlich gewählten Abgeordneten sollen nach der Volksinitiative deren 15 im Oberland und 10 im Unterland bestellt werden . . .
Nach der FBP-Initiative soll die Zahl der stellvertretenden Abgeordneten höchstens ein Drittel der gewählten Abgeordneten betragen. Ausserdem ist ihre Funktion auf die Erhaltung der Stimmenverhältnisse im Plenum reduziert . . .

Liechtensteiner Volksblatt, 29. Dezember 1984

Verfassungsinitiative vom 14. Dezember 1984 betr. die Abänderung von Artikel 46 und die Ergänzung von Artikel 49 der Verfassung und Verfassungsinitiative vom 18. Dezember 1984 über die Abänderung der Verfassung vom 5. Oktober 1921
Beide Verfassungsinitiativen wurden in Behandlung gezogen und fanden nicht die erforderliche Stimmeneinhelligkeit. Gemäss Gesetz betr. die Ausübung der politischen Volksrechte in Landesangelegenheiten, Artikel 52, beauftragt daher der Landtag die Regierung mit der Durchführung einer Volksabstimmung über beide Verfassungsinitiativen.

Beschlussprotokoll der öffentlichen Landtagssitzung vom 17. April 1985 – Landtagsprotokolle 1985

. . . Es sind demnach zwei Initiativbegehren zum gleichen Gegenstand aber mit unterschiedlichen Zielsetzungen gleichzeitig gültig zustande gekommen. Das Vorliegen zweier Initiativen zum gleichen Gegenstand ist erstmalig. Da eine solche Situation nicht vorauszusehen war, kann es nicht erstaunen, dass das geltende Recht keine Bestimmungen darüber enthält, wie beim gleichzeitigen Vorliegen mehrerer Initiativbegehren vorzugehen ist. Ausgehend vom geltenden Recht sind daher die erforderlichen Bestimmungen zu schaffen . . .

Bericht und Antrag der Regierung an den Landtag des Fürstentums Liechtenstein zur Schaffung eines Gesetzes über die Abänderung des Gesetzes betreffend die Ausübung der politischen Volksrechte in Landesangelegenheiten – Landtagsprotokolle 1985

Abänderung Volksrechtegesetz
Eine Abänderung des Volksrechtegesetzes wurde in drei Lesungen durchberaten und verabschiedet. Damit wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, über mehrere Initiativen an einem Tag, auf demselben Stimmzettel abzustimmen. Beide Fraktionen unterstützten die Vorlage der Regierung.

Aus der Berichterstattung über die öffentliche Landtagssitzung vom 17. April 1985 – Liechtensteiner Vaterland, 19. April 1985

Keine Erhöhung der Mandatszahl im Landtag
Der Stimmbürger, Frauen und Männer zusammen, hat über das Wochenende ein deutliches Wort an der Urne gesprochen. Bei einer Stimmbeteiligung von 71,45 Prozent erhielt keine der beiden Volksinitiativen die absolute Mehrheit, so dass die Landtagszahl vorerst unverändert auf 15 bleibt. Mit 3701 Stimmen erreichte die FBP-Initiative ein deutlich besseres Resultat als die VU-Initiative mit 3310 Stimmen. Auf die FBP-Vorlage entfielen 43,6 Prozent der Stimmen, auf die VU-Initiative 39 Prozent. Den Ausschlag jedoch gaben die 1478 Nein-Stimmen, die einen Anteil von 17,4 Prozent auf sich vereinigen konnten . . .

Liechtensteiner Volksblatt, 3. Juni 1985